



**VKS Verpackungskoordinierungsstelle  
gemeinnützige Gesellschaft mbH,  
Wien**

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses  
zum  
31. Dezember 2017



# BILANZ zum 31.12.2017

Aktiva

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR	Passiva	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			<b>A. EIGENKAPITAL</b>		
<b>I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>			<b>I. EINGEFORDERTES, ÜBERNOMMENES UND EINBEZAHLTES STAMMKAPITAL</b>		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	21.139,99	43.480,22		-35.000,00	-35.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	6.000,00	0,00		-35.000,00	-35.000,00
	<b>27.139,99</b>	<b>43.480,22</b>	<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>		
			1. Sonstige Rückstellungen	-1.235.336,12	-1.218.844,00
				<b>-1.235.336,12</b>	<b>-1.218.844,00</b>
<b>II. SACHANLAGEN</b>			<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.583,76	0,00	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-433.987,70	-212.121,07
	<b>41.583,76</b>	<b>0,00</b>	/davon Restlaufzeit bis zu einem Jahr	-433.987,70	-212.121,07
			/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00
	<b>68.723,75</b>	<b>43.480,22</b>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-234.933,43	-379.135,76
			/davon Restlaufzeit bis zu einem Jahr	-234.933,43	-379.135,76
			/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-720,00	-15.424,06
<b>I. VORRÄTE</b>			/davon Restlaufzeit bis zu einem Jahr	-720,00	-15.424,06
1. Noch nicht abrechenbare Leistungen	10.335,58	5.604,76	/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00
	<b>10.335,58</b>	<b>5.604,76</b>	4. Sonstige Verbindlichkeiten	-46.724,56	-64.871,02
			/davon aus Steuern	2.124,01	-48.295,95
<b>II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>			/davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	-12.934,48	-9.236,18
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55.725,28	0,00	/davon Restlaufzeit bis zu einem Jahr	-46.724,56	-64.871,02
/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00	/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	29.176,69	0,00	/davon Restlaufzeit bis zu einem Jahr	-716.365,69	-671.551,91
/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00	/davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00
	<b>84.901,97</b>	<b>0,00</b>			
<b>III. KASSENBESTAND, SCHECKS, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN</b>					
	1.822.740,51	1.875.753,94			
	<b>1.917.978,06</b>	<b>1.881.358,70</b>			
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>					
1. Sonstige	0,00	556,99			
	<b>0,00</b>	<b>556,99</b>			
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>1.986.701,81</b>	<b>1.925.395,91</b>	<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>-1.986.701,81</b>	<b>-1.925.395,91</b>



## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

	2017 EUR	2016 EUR
<b>1. UMSATZERLÖSE</b>		
a) Umsatzerlöse	2.281.592,36	2.455.477,36
	<u>2.281.592,36</u>	<u>2.455.477,36</u>
<b>2. BESTANDSVERÄNDERUNGEN VON ERZEUGNISSEN UND LEISTUNGEN</b>	4.731,70	-17.337,68
<b>3. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE</b>		
a) Übrige betriebliche Erträge	369,78	158,00
	<u>369,78</u>	<u>158,00</u>
<b>4. MATERIALAUFWAND UND AUFWENDUNGEN FÜR BEZOGENE LEISTUNGEN</b>		
a) Aufwand für bezogene Leistungen	-1.585.993,04	-1.874.923,69
	<u>-1.585.993,04</u>	<u>-1.874.923,69</u>
<b>5. PERSONALAUFWAND</b>		
a) Gehälter	-416.834,33	-353.181,40
b) Gesetzlicher Sozialaufwand und lohnabhängige Abgaben	-107.797,66	-98.023,92
c) Sonstige Sozialaufwendungen	-1.436,92	-485,00
	<u>-526.068,91</u>	<u>-451.690,32</u>
<b>6. ABSCHREIBUNGEN</b>		
a) auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-40.202,90	-22.762,54
<b>7. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>		
a) Steuern und Abgaben, soweit sie nicht vom Einkommen oder Ertrag abhängen	-1.512,30	-101,65
b) Übriger betrieblicher Aufwand	-133.096,51	-88.966,30
	<u>-134.608,81</u>	<u>-89.067,95</u>
<b>8. BETRIEBSERFOLG</b>	-179,82	-146,82
<b>9. ZINS-, WERTPAPIER- UND ÄHNLICHE ERTRÄGE</b>		
a) sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	181,22	147,86
<b>10. FINANZERFOLG</b>	181,22	147,86
<b>11. ERGEBNIS VOR STEUERN</b>	1,40	1,04
<b>12. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG</b>	-1,40	-1,04
<b>13. JAHRESÜBERSCHUß (+) JAHRESFEHLBETRAG (-)</b>	0,00	0,00
<b>14. JAHRESGEWINN/-VERLUST</b>	0,00	0,00
<b>15. BILANZGEWINN/-VERLUST</b>	0,00	0,00



## **Anhang für das Geschäftsjahr 2017 der VKS Verpackungskoordinierungsstelle gemeinnützige Gesellschaft mbH**

### **1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

#### **1.1 Allgemeine Grundsätze**

Der Jahresabschluss 2017 wurde unter Anwendung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches in der zum Bilanzstichtag geltenden Fassung erstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln (§ 222 Abs. 2 UGB), aufgestellt.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Posten des Jahresabschlusses wurden nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 189 bis 211 UGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 221 bis 237 UGB vorgenommen.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit und der Willkürfreiheit eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und die Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

#### **1.2 Anlagevermögen**

##### **1.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände**

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Nebenkosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Als Nutzungsdauer wurde ein Zeitraum von drei Jahren zugrunde gelegt.

##### **1.2.2 Sachanlagevermögen**

Als Nutzungsdauer wurde für die Büroausstattung ein Zeitraum von vier bis zehn Jahren zugrunde gelegt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zu einem Betrag von EUR 400,00 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

#### **1.3 Umlaufvermögen**

##### **1.3.1 Vorräte**

Die noch nicht abrechenbaren Leistungen wurden einzeln zu Herstellungskosten bewertet.





### **1.3.2 Forderungen**

Forderungen wurden mit dem Nennwert bewertet.

### **1.4 Rückstellungen**

In den sonstigen Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe und/oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung erforderlich sind.

### **1.5 Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Beachtung des Grundsatzes der Vorsicht ermittelt.

## **2 Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung**

### **2.1 Erläuterungen zur Bilanz**

#### **2.1.1 Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibungen nach einzelnen Posten sind gemäß § 203 (1) UGB im Anlagenspiegel (Beilage zum Anhang) ersichtlich.

##### **2.1.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände**

Diese Position beinhaltet die in den Vorjahren angeschaffte Registrierungssoftware für das Anfallstellenregister. Im Kalenderjahr 2017 wurde für das Projekt „Pflichtenheft AB-P.Web inkl. Screendesign und Mockup“ eine Anzahlung in Höhe von EUR 6.000,00 geleistet.

##### **2.1.1.2 Sachanlagen**

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2017 für das Büro in 1070 Wien, Mariahilfer Straße 84/TOP 30, Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 45.584,81 angeschafft. Die im Kalenderjahr 2017 geringwertigen Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten in Höhe von EUR 13.861,83 wurden im Jahre des Zugangs zur Gänze abgeschrieben.

##### **2.1.2 Vorräte**

Die Vorräte enthalten zur Gänze noch nicht abrechenbare Leistungen aus der Verwaltung der Abfallvermeidungsförderung.



### 2.1.3 Eigenkapital

Das Eigenkapital der Gesellschaft besteht zur Gänze aus dem eingeforderten Stammkapital in Höhe von EUR 35.000,00 und ist zur Gänze eingezahlt.

### 2.1.4 Sonstige Rückstellungen

	Stand 01.01.2017 EUR	Verbrauch 2017 EUR	Auflösung 2017 EUR	Zuweisung 2017 EUR	Stand 31.12.2017 EUR
noch nicht konsumierte Urlaube	13.128,00	-13.128,00		23.497,07	23.497,07
Sonstige Rückstellungen	1.205.716,00	-1.036.326,95		1.042.450,00	1.211.839,05
	1.218.844,00	-1.049.454,95	0,00	1.065.947,07	1.235.336,12

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Vorsorgen in Höhe von rund EUR 1.139.400,00 für die im Geschäftsjahr durchgeführten und bis zum Stichtag noch nicht abgeschlossenen Systemteilnehmerprüfungen durch drei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Weiters wurde für die Neuentwicklung der Abfallberaterdatenbank eine Rückstellung in Höhe von EUR 54.000,00 gebildet.

### 2.1.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten zur Gänze Verbindlichkeiten aus Leistungen.

Es liegen bei sämtlichen Verbindlichkeiten keine Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren vor.

### 2.1.6 Treuhandbereich

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2015 von den Sammel- und Verwertungssystemen beauftragt, die Verwaltung der Projekte zur Förderung der Abfallvermeidung zu übernehmen. Gemäß § 29 (4) Z 4 AWG sind die marktteilnehmenden Sammel- und Verwertungssysteme verpflichtet, zumindest 0,5 % der Summe der jährlich für die Entpflichtung einggenommenen Entgelte abzüglich der Aufwendungen für die Verwaltung der Abfallvermeidungsförderung zur Förderung von Abfallvermeidungsprojekten zu verwenden. Zu diesem Zweck wurde im Geschäftsjahr 2015 ein Treuhandkonto eingerichtet, über welches die Fördervergabe und Dotierung der Fördermittel erfolgt. Zum 31.12.2017 betrug der Bestand diese Kontos EUR 1.282.298,75.



## 2.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 2.2.1 Umsatzerlöse

In den Umsatzerlösen sind die im Geschäftsjahr angefallenen Kosten der Gesellschaft, welche durch die Sammel- und Verwertungssysteme gemäß den Marktanteilen zu leisten sind, enthalten.

Hier werden ebenso die Eigenleistungen der Gesellschaft, welche direkt einer Kostenstelle zugeordnet werden können, verrechnet.

### 2.2.2 Aufwendungen für sonstige bezogene Herstellungsleistungen

Die Aufwendungen des Geschäftsjahres und des Vorjahres (in EUR) zeigen folgende Unterteilung:

	2017	2016
Systemteilnehmerprüfungen und Kontrollkonzept	1.262.296,89	1.586.832,25
Analysen Haushalt Leichtverpackung	111.792,48	106.791,90
Analysen Haushalt Metall	90.704,41	83.025,23
Anfallstellenregister	60.927,40	71.026,50
Informationen Letztverbraucher	59.005,25	25.741,11
Sonstige bezogene Leistungen Abfallvermeidungsförderung	1.266,61	1.506,70
	<b>1.585.993,04</b>	<b>1.874.923,69</b>

### 2.2.3 Personalaufwand

Der unter diesem Posten ausgewiesene Aufwand setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Gehältern und Sonderzahlungen in Höhe von EUR 406.465,26 (VJ TEUR 350), Beiträgen zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge in Höhe von EUR 6.192,92 (VJ TEUR 5) und Dienstgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und sonstigen Dienstgeberabgaben in Höhe von EUR 103.041,66 (VJ TEUR 93). Ebenso ist unter diesem Posten die Veränderung der Urlaubsrückstellung in Höhe von EUR 10.369,07 (VJ TEUR 3) enthalten.

### 2.2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind als wesentlichste Posten Miete und Infrastrukturaufwendungen in Höhe von EUR 51.010,57 (VJ TEUR 44), Fahrt- und Reiseaufwand in Höhe von EUR 15.825,62 (VJ TEUR 7), Werbeaufwendungen in Höhe von EUR 15.959,06 (VJ TEUR 12), Buchführung und Support in Höhe von EUR 8.995,00 (VJ TEUR 12) und in Höhe von EUR 17.331,20 (VJ TEUR 11) Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand enthalten.





### **3 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2017 eingetreten.

### **4 Organe der Gesellschaft**

Im Geschäftsjahr 2017 war als Geschäftsführer tätig:

Dr. Arnold Pregernig

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2017 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Mag. Siegfried Menz (Vorsitzender)

MMag. Dr. Stephan Wiener (Stellvertreter des Vorsitzenden) bis 10.01.2017

SC Mag. Dr. Franz Jäger (Stellvertreter des Vorsitzenden) ab 11.01.2017

KR Hans Roth (Mitglied)

MMag. Barbara Thaler (Mitglied)

Prof. Helmut Mödlhammer (Mitglied)

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung für das Geschäftsjahr 2017 beträgt EUR 7.448,65, für diesen Betrag wurde in einer Rückstellung Vorsorge getroffen.

### **5 Personal**

Im Geschäftsjahr 2017 waren durchschnittlich 6,2 Arbeitnehmer (Angestellte) beschäftigt.

Wien, am 26.03.2018

Der Geschäftsführer

gez.

Dr. Arnold Pregernig

## ANLAGENSPIEGEL

Konto	Bezeichnung	AnschWert 01.01.2017	Zugang	Abgang	Umbuch.	AnschWert 31.12.2017	Zuschr.	Abschr.	Buchwert 01.01.2017	Buchwert 31.12.2017	Summe Abschr.
<b>IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>											
100	Software	67.020,00	0,00	0,00	0,00	67.020,00	0,00	22.340,02	43.480,01	21.139,99	45.880,01
150	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	6.000,00	0,00	0,00	6.000,00	0,00	0,00	0,00	6.000,00	0,00
	<b>IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄ</b>	<b>67.020,00</b>	<b>6.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>73.020,00</b>	<b>0,00</b>	<b>22.340,02</b>	<b>43.480,01</b>	<b>27.139,99</b>	<b>45.880,01</b>
<b>SACHANLAGEN</b>											
550	Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	13.861,83	13.861,83	0,00	0,00	0,00	13.861,83	0,00	0,00	0,00
600	Büroausstattung	0,00	45.584,81	0,00	0,00	45.584,81	0,00	4.001,05	0,00	41.583,76	4.001,05
	<b>SACHANLAGEN</b>	<b>0,00</b>	<b>59.446,64</b>	<b>13.861,83</b>	<b>0,00</b>	<b>45.584,81</b>	<b>0,00</b>	<b>17.862,88</b>	<b>0,00</b>	<b>41.583,76</b>	<b>4.001,05</b>
<b>GESAMTSUMME</b>		<b>67.020,00</b>	<b>65.446,64</b>	<b>13.861,83</b>	<b>0,00</b>	<b>118.604,81</b>	<b>0,00</b>	<b>40.202,90</b>	<b>43.480,01</b>	<b>68.723,75</b>	<b>49.881,06</b>



## **VKS Verpackungskoordinierungsstelle gemeinnützige Gesellschaft mbH**

### **Lagebericht zum Geschäftsjahr 1. Jänner bis 31. Dezember 2017**

#### **Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse und Geschäftszweck:**

Die Gesellschaft wurde mit Notariatsakt vom 30. Juni 2014 gegründet und am 6. September 2014 im Firmenbuch unter der Nummer FN 418598 k als VKS Verpackungskoordinierungsstelle gemeinnützige Gesellschaft mbH eingetragen. Mit Bescheid vom 29. Dezember 2014 wurde die Gesellschaft als Koordinierungsstelle mit den Aufgaben des § 30a i.V.m. § 13b Abs. 1 AWG 2002 i.d.g.F. bis 31. Dezember 2024 betraut. Sämtliche Anteile der Gesellschaft werden von der Umweltbundesamt GmbH gehalten.

Der Geschäftszweck der Gesellschaft ist die Umsetzung der im § 30a Abfallwirtschaftsgesetz definierten Aufgaben der Sammel- und Verwertungssysteme für Haushaltsverpackungen und gewerbliche Verpackungen, welche wie folgt umschrieben sind:

- Die Koordinierung der Information der Letztverbraucher, einschließlich der Koordinierung der finanziellen Abgeltung der diesbezüglichen Leistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände,
- die Durchführung der erforderlichen Analysen betreffend die Sammlung der Haushaltsverpackungen, Mitarbeit bei der kosteneffizienten Gestaltung der Verpackungssammlung, insbesondere bei der Vorbereitung einer Verordnung gemäß § 36 Z 6,
- Führung eines Registers über Anfallstellen gewerblicher Verpackungen,
- Schließung von Vereinbarungen mit Betreibern von Anfallstellen gewerblicher Verpackungen über die Zurverfügungstellung der erforderlichen Daten,
- die Durchführung der erforderlichen Analysen betreffend die Sammlung der gewerblichen Verpackungen,
- die Koordination und erforderlichenfalls Änderung der Kontrollkonzepte gemäß § 29 Abs. 2 Z 8a und deren koordinierte Umsetzung (eine Änderung des Kontrollkonzepts bewirkt keine Änderungsgenehmigung gemäß § 29 Abs. 1; die VKS hat bei Verdacht einer Verwaltungsübertretung den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter Übermittlung der diesbezüglichen Unterlagen zu informieren) und Gestaltung von Schlichtungsmodalitäten.

Diese Aufgaben wurden in einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen der VKS und den Sammel- und Verwertungssystemen (kurz SVS) konkretisiert. Die SVS haben ein die Kosten der VKS deckendes Finanzierungsentgelt gemäß § 13b Abs. 1 zu leisten. Diesbezüglich besteht für die SVS ein gesetzlicher Kontrahierungszwang.

Im Jahr 2015 wurde die VKS von den SVS als unabhängiger Dritter mit der treuhändischen Verwaltung der Mittel zur Förderung der Abfallvermeidung sowie mit der Durchführung der Vergabe der Förderung im Rahmen von objektiven Verfahren beauftragt. Dazu wurde zwischen allen SVS und der VKS die Vereinbarung zur Förderung der Abfallvermeidung gemäß § 29 (4) Z 4 AWG 2002 iVm. § 29 (4c) AWG" abgeschlossen.

Die VKS hat keine Zweigniederlassungen.





## **Geschäftsverlauf:**

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 hatte die Gesellschaft einen Geschäftsführer und sieben voll- und teilzeitbeschäftigte MitarbeiterInnen (davon eine Prokuristin).

Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit allen im Jahr 2014 genehmigten SVS wurden im März 2015 abgeschlossen. Dadurch konnte die VKS nach der Aufbauphase die ihr bescheidmäßig übertragenen Aufgaben operativ in Angriff nehmen und auch im Jahr 2017 fortführen. Per 31.12.2017 waren sieben SVS unter Vertrag. Die für 2017 vorgesehenen Akontozahlungen der SVS wurden fristgerecht geleistet. Eine Anpassung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen erfolgte nach Genehmigung durch das BMLFUW.

Die wesentlichen Aufgaben der VKS, nämlich die externe Beauftragung der Systemteilnehmerprüfungen sowie der Abfallanalysen, erfolgte nach Abwicklung von EU-weiten Ausschreibungen nach dem BVergG. Die operative Umsetzung durch die externen Dienstleister ist im Laufen und wird von der VKS überwacht.

Da mit 01.01.2018 auch die Umsetzung der Information der Letztverbraucher durch die VKS übernommen wird, wurde bereits im Jahr 2017 die Anpassung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den SVS eingeleitet.

Weiters hat die VKS gemeinsam mit der ARA als Ausschreibungsführer das Programm für die AbfallberaterInnen-Seminare 2017 unter Berücksichtigung der Grundsätze des Öffentlichkeitsarbeitskonzepts der VKS gestaltet.

Die Abwicklung der Abfallvermeidungsförderung wurde 2017 ebenfalls in Angriff genommen. Insgesamt wurden 2017 48 Projekte eingereicht, davon wurden 19 als förderwürdig befunden; 16 wurden gefördert, 2 Förderwerber haben ihren Antrag zurückgezogen, bei einem Projekt müssen die Auflagen erst erfüllt werden.





Die Finanzlage stellt sich anhand der Cashflow-Rechnung wie folgt dar (Werte in EUR):

	2017	2016
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
+ Abschreib. / - Zuschreib. des Anlagevermögens	40.203	22.763
- Gewinne / + Verluste aus Anlagenabgang	0	0
<b>Cash Flow aus dem Ergebnis</b>	<b>40.204</b>	<b>22.764</b>
+ Verminderung / - Erhöhung der Vorräte	-4.731	-22.943
+ Vermind. / - Erhöhung Ford. und sonstiger Aktiva	-87.771	44.508
+ Erhöhung / - Verminderung der Rückstellungen	16.492	1.108.864
+ Erhöhung / - Verminderung der Verbindlichkeiten	48.240	-454.398
Cash Flow aus dem Ergebnis vor Steuern	-27.770	676.031
- Zahlungen für Ertragssteuern	-1	-1
<b>Operativer Cash Flow</b>	<b>-27.771</b>	<b>676.030</b>
+ Einzahlungen aus Anlagenabgängen	0	0
- Auszahlungen für Anlageinvestitionen	-65.446	-6.563
<b>Cash Flow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-65.446</b>	<b>-6.563</b>
+ / - Eigenkapital (Zuführung, Auszahlung)	0	0
+ / - Finanzverbind. (Einzahlung, Auszahlung)	0	0
<b>Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Summe Cash Flows	-53.013	692.231
+ Liquiditätsstand Vorperiode	1.875.754	1.183.523
<b>= Liquiditätsstand aktuell</b>	<b>1.822.741</b>	<b>1.875.754</b>



## **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und Risikobericht:**

Das Planbudget basiert auf einer Schätzung der für das jeweilige Jahr zu erwartenden Kosten und beläuft sich für das Jahr 2018 auf EUR 2.402.900,00. Die übertragenen Aufgaben werden weiter umgesetzt.

Die Systemteilnehmerprüfungen und die Analysen der Haushaltsverpackungen werden nach den Vorgaben des erfolgten Vergabeverfahrens fortgeführt.

Ebenso wird auch die Abwicklung der Abfallvermeidungsförderung entsprechend den Vereinbarungen durchgeführt.

Für die treuhändische Verwaltung und Abwicklung von Mitteln für Projekte zur Förderung von Abfallvermeidung wurden EUR 900.000,00 gemäß § 29 (4) Z 4 AWG 2002 iVm. § 29 (4c) AWG präliminiert.

Aufgrund der gesetzlichen Voraussetzungen und des dadurch begründeten Kontrahierungszwangs bestehen keine Ausfallsrisiken im Bereich der Umsatzerlöse, da sich auch bei Ausfall eines Unternehmens der Gruppe der SVS die Höhe des Finanzierungsentgelts nicht ändert.

Das Unternehmen verwendet keine derivativen Finanzinstrumente.

Die in der Bilanz ausgewiesenen originären Finanzinstrumente sind Gegenstand des allgemeinen Risikomanagements des Unternehmens, welches in den Buchhaltungs- und Bilanzierungsmethoden seinen Niederschlag findet. Außer den bereits im Jahresabschluss und im Anhang adressierten Risiken bestehen keine weiteren Ausfalls-, Liquiditäts- und Cashflow-Risiken. Es besteht kein Währungs- und Zinsrisiko.

Obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen des Unternehmensreorganisationsgesetzes ein Reorganisationsbedarf vermutet werden könnte, ist dieser unter Berücksichtigung der gesetzlich geregelten Finanzierung der Gesellschaft nicht gegeben. Die fiktive Schuldentilgungsdauer beträgt bei VKS 3,21 Jahre und liegt somit unter der im § 22 URG für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs angeführten Dauer von 15 Jahren. Die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages und der vertraglichen Verpflichtungen führt infolge der mit den Systempartnern abgeschlossenen Finanzierungsverträgen zur Abdeckung sämtlicher Kosten, sodass die Bestandsgefährdung des Unternehmens ausgeschlossen ist. Es besteht daher kein Reorganisationsbedarf.

Wien, am 26.03.2018

gez.

Dr. Arnold Pregernig

#### **4. Bestätigungsvermerk**

##### **Bericht zum Jahresabschluss**

##### **Prüfungsurteil**

Wir haben den Jahresabschluss der

##### **VKS Verpackungskoordinierungsstelle gemeinnützige Gesellschaft mbH, Wien**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

##### **Grundlage für das Prüfungsurteil**

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung ist analog zu § 275 Abs 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der Gesellschaft und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

##### **Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.



Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

### **Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.



- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Aufsichtsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

### **Bericht zum Lagebericht**

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

### *Urteil*

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

*Erklärung*

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Wien, 26. März 2018

M&A Treuhand  
Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgmbH



MMag. Christian Drmola



Mag. Robert Pieslinger

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.